

Ökonomismuskritische Wirtschaftsethik – jenseits des Partikularismus des Kontraproduktivitätsparadigmas¹

Ulrich Thielemann

Die Frage nach dem Verhältnis von Ethik und Empirie zu stellen, ergibt sich aus dem Bestreben derjenigen sozialwissenschaftlichen Strömungen, die sich als normativ verstehen bzw. die die unausweichliche Normativität der Sinnorientierung ihrer selbst als einer Sozialwissenschaft eingestehen und die zugleich der allgemeinen Ethik eine Anwendungsethik beiseite zu stellen, da jene ohne diese jene unpraktisch bzw. unwirksam bzw. erfolglos bliebe. Eine alternative Sicht bestünde der Beschäftigung mit „der Empirie“ bestünde darin, dass die die allgemeine Ethik ohne „Empiriebezug“ zu ethisch falschen, da rigoristischen, jedenfalls situativ nicht angemessenen Urteilen führe und legitime Ansprüche, die in der „Empirie“ als von der Theorie bzw. Ethik geschiedene Praxis ihren Sitz haben, in ungerechtfertigter Weise überginge.

Mit diesen beiden Motivlagen für die Beschäftigung mit „Empirie“ sind zwei Verständnisse über „Empirie“ verbunden, von denen eines auf die falschen, das andere auf die richtige Fährte führt, ohne freilich diese Fährte bereits zu beschreiten.

Positivistischer Empiriebegriff

Empirie ist nämlich einmal der Inbegriff dessen, was der Fall ist; es ist die Welt der „Tatsachen“ bzw. der „Faktizitäten“. Dies ist im Falle der Naturwissenschaften, die nur einer einfachen, nämlich internen hermeneutischen Aufgabe stehen, der unproblematische Normalfall der Konstitution ihres Erkenntnisgegenstandes. Mich interessieren aber nicht Naturwissenschaften, sondern die Sozialwissenschaften (vor allem die Ökonomik), denen sich, jedenfalls in ihrem Originalmodus, bekanntlich eine doppelte hermeneutische Aufgabe stellt (nämlich innerhalb der Wissenschaftsgemeinde: die Klärung des Kategorienapparates sowie zwischen Theorie und Gegenstand: das Verstehen seiner Handlungsintentionen).² Im Selbstverständnis des positivistischen Strangs der Sozialwissenschaft wird der Gegenstand, die Gesellschaft als Ensemble handelnder Personen, freilich als eine Welt sozialer „Tatsache“ konzeptualisiert und d.h. als eine Welt schierer Wirkungszusammenhänge. Die Erklärungsaufgabe positivistischer Sozialwissenschaft besteht bekanntlich darin, die Bewegungen oder gar Bewegungsgesetze der Interaktionsverhältnisse aufzuzeigen. (Aber nicht der, die Intentionen der Handelnden zu verstehen und kritisch zu beurteilen.)

Hermeneutischer Empiriebegriff

Eine alternative Sicht sozialwissenschaftlicher Empirie begreift den Gegenstand der Thematisierung, die gesellschaftlichen Interaktionsverhältnisse, nicht als Faktizität bzw. „Tatsache“, sondern als Verhältnis zwischen Rechts- und Pflichtensubjekten, die wechselseitig Ansprüche nach Legitimitätsgründen an sich adressieren – oder adres-

¹ Vortrag am 36. Fachkongress der Internationalen Vereinigung für Moraltheologie und Sozialethik zum Generalthema „Ethik und Empirie“, Graz, 11. September 2013.

² Vgl. Habermas 1977, S. 552, der einen Gedankens Giddens' (1976) aufgreift; vgl. auch Ghoshal 2005, S. 77

sieren müssten, wenn das jeweilige Handeln dem Anspruch seiner Legitimität soll genügen können. Der letzte Hinweis zeigt die Verschränkung zwischen Theorie und Praxis, die eine kritische Sozialwissenschaft auszeichnet. Die Alternative wäre eine blind apologetische Theorie.

Eine kritische Sozialwissenschaft ist nichts anderes als eine (Sozial-)Ethik; im Falle des Gegenstandsbereichs Wirtschaft: eine Wirtschaftsethik, die nicht von vorn herein auf Apologet(h)ik eingeschworen ist. Sie weist den Begriff der „Empirie“ zur Charakterisierung ihres Gegenstandsbereiches bzw. Feldes der Thematisierung zurück und setzt an dessen Stelle den Begriff der Praxis.

Die performative Struktur einer Sozialwissenschaft

Eine jede Thematisierung von Gesellschaft, die wissenschaftliche ebenso wie die alltagssprachliche, umfasst drei interaktionslogische personale Stellen:

1. Den Autor, das Subjekt der Theorie. Diese behauptet etwas über den Gegenstand.
2. Das Ko-Subjekt bzw. die Adressaten der Theorie. (Man denke an Zuhörer eines Vortrages oder Leser einer Publikation.) Diesen wird eine dem Geltungsanspruch des Autors nach verbindliche Perspektive angesonnen. (Ich sehe von Beratertheorien ab, für die die Adressaten bloße Kunden sind.)
3. Der Gegenstand der Theorie, der wiederum aus handelnden, prinzipiell einsichtsfähigen Personen besteht.

Zugleich möchte ich Theorie definieren nicht nur als Erkenntnistätigkeit des Autors bzw. Wissenschaftlers, sondern auch als Erkenntnistätigkeit der Adressaten, die gegebenenfalls mit dem Autor in einen kritischen Diskurs eintreten könnten.

Praxis definiere ich als Handlungsfeld, in das die Adressaten mit dem Gegenstand der Theorie eintreten – ggf. nach der (Selbst-)Aufklärung durch die Theorie.

Von Karl-Otto Apel übernehme ich einen schlichten Vernunftgrundsatz, der einfach das Universalisierungsgebot jedes Gültigkeitsanspruchs benennt: Die Rollen aller drei Akteure müssen als austauschbar gedacht werden können, damit eine Theorie Gültigkeit beanspruchen kann.

Das „Objekt der Erkenntnis“ [wenn man will: „die Empirie“, U.T.], über das man spricht, muss „zugleich [als] ein Ko-Subjekt derer“ begriffen werden, „die sprechen – ein Ko-Subjekt, das möglicherweise in die Diskurs- oder Forschergemeinschaft eintreten könnte“. Auch der Forschungsgegenstand einer kritischen Sozialwissenschaft ist kategorial als Ko-Subjekt zu konzeptualisieren, d.h. als handelnde oder behandelte Akteure, die falsch oder richtig handeln oder die falsch oder richtig behandelt werden.

Die Fehlgeleitetheit positivistischer Sozialwissenschaft ist darin zu erblicken, dass sie diesen Grundsatz verletzt. Der Positivismus verfährt partikularistisch statt universalis-

tisch, indem er den Gegenstand der Theorie naturalisiert und damit aus aller Verantwortung entlässt.

Die positivistische Variante des Ökonomismus

Die ökonomischen Wissenschaften sind schon seit geraumer Zeit ökonomistisch ausgerichtet. Der Konstanzer Volkswirt Friedrich Breyer beschreibt die Situation zutreffend, wenn er festhält: „Die Ökonomen sind die konsequentesten Fürsprecher des Marktes.“ Daran hat auch die Finanzkrise und die damit verbundene Delegitimation des Marktlibertarismus (bzw. des politischen „Neoliberalismus“) wenig geändert, nur muss man präzisieren: Die Ökonomen sind die konsequentesten Fürsprecher des *Marktprinzips*. Und dabei ist nicht immer ganz klar, worin die innerlich konsequenteste Auslegung des Marktprinzips besteht – etwa bezüglich der Frage: Bail-Outs oder Bail-Ins. Oder bei der Frage: Was macht den Wettbewerb so intensiv wie möglich, eine aktive Wettbewerbspolitik (Neoliberalismus) oder so gut wie gar keine Wettbewerbspolitik (Chicago-School)?

Die Rechtfertigung des Marktprinzips als Moral- bzw. Gerechtigkeitsprinzip ist selbstverständlich normativ. (Daraus haben Karl Homann und seine Schüler, die das ökonomistische Programm der Ökonomisierung des Denkens und der Welt so konsequent wie möglich zu betreiben beanspruchen, die Konsequenz gezogen, in dem sie dieses Programm unter dem Titel „Ethik“ bzw. „Wirtschaftsethik“ vertreten.) „Ökonomie ist Ethik“ (Karl-Heinz Bordbeck), aber es ist eine bloß implizite, eine „verschwiegene“ Ethik. Dennoch ist ihr als einer Rechtfertigungstheorie der Ökonomisierung der Welt ihre Normativität noch gut anzumerken. (Vor allem durch die These, dass der Marktwettbewerb dem Wohle aller diene.)

Allerdings hat sich der Positivismus im Wissenschaftssystem durchgesetzt. Darum haben es die radikal Marktlibertären, die für Rechtfertigung des Marktprinzips noch Prosa benötigen, heute im Wissenschaftssystem schwer. Sie haben den neueren Methodenstreit gegenüber den beinhart positivistisch verfahrenen Ökonomen verloren. Diese lassen sich statt durch Texte vor allem durch Formelsammlungen („Modelle“) vernehmen.

Auch die positivistische Ökonomik ist ökonomistisch ausgerichtet. Dies nicht nur, da sie historisch aus dem Ökonomismus hervorgegangen ist, sondern auch systematisch. Mir geht es um diesen Ökonomismus, der ein impliziter ist. Zu Recht vertritt die positivistische Ökonomik die These, dass sie die innerlich konsequenteste Form einer „positiven“ Sozialwissenschaft vertritt. Positivismus und Ökonomismus sind Geschwister. Aber sie sind nicht identisch.

Wie zeigt sich nun der Ökonomismus positivistischer Ökonomik? Und warum ist es ein Partikularismus? Und was hat dies mit der Frage nach dem Status der „Empirie“ für die Ethik, für Fragen der Gerechtigkeit der Interaktionsverhältnisse zu tun?

Das Anwendungsparadigma

Nun, zunächst deutet der positivistisch verfahrenende Strang des Ökonomismus ethisch Fragen bzw. Gerechtigkeitsfragen um. Soweit es sich nicht um Fragen allgemeiner Ethik, sondern um Fragen einer Ethik besonderer Interaktionsfelder, wie „die Wirtschaft“, handelt, gehe es nur noch darum, wie – und ob – die in der allgemeinen Ethik bestimmten Normen „angewendet“ werden „können“.

Bei der Wirtschaftsethik gehe es, so Karl Homann, um die „Frage, welche moralischen Normen und Ideale unter den Bedingungen der modernen Wirtschaft ... zur Geltung gebracht werden können“.³

Wir haben es mit dem Folgenden performativen Setting zu tun. „Moralisch sensible Zeitgenossen“ haben „moralische Präferenzen“ und wenden sich Erkenntnis suchend an die Theorie, die Wissenschaft, hier: die sog. „Wirtschaftsethik“, um „die Realisierungschancen moralischer Normen und Ideale in der Gesellschaft“ zu „verbessern“. Sie bilden die Adressaten der Theorie und möchten von dieser wissen, „wie sich moralische Zielsetzungen, z.B. die Solidarität aller Menschen oder die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, unter den Bedingungen der modernen Welt... realisieren lassen.“⁴ [Dass diesen „Zielsetzungen“ das Prädikat „moralisch“ zugeschrieben wird, spielt dabei überhaupt keine Rolle. Es könnten auch beliebige andere Präferenzen sein.]

Offenbar „können“ nicht alle „moralischen Normen“, wie gut begründet sie auch immer sein mögen, „zur Geltung gebracht“ bzw. „angewandt“ werden. Sie bestehen den „Homo-oeconomicus-Test“ nicht und bleiben „Illusion“. Dies hängt systematisch damit zusammen, dass eine dritte Gruppe von Personen das Feld betritt. Nämlich diejenigen, die den Gegenstandsbereich der Theorie bilden, die „Empirie“ also. Homann nennt sie „die moderne Wirtschaft“.

Diese ist offenbar von *Homines oeconomici* bevölkert, deren Definitionsmerkmal ihre Argumentationsunzugänglichkeit ist. Sie sind ebenfalls an der „Verbesserung der Realisierungschancen“ ihrer „Präferenzen“ interessiert, nicht an der Legitimität und Verantwortbarkeit ihres Handelns.

Karl Homann und seinen Schülern (u.a. Ingo Pies, Andreas Suchanek, Christoph Lütge) geht es um eine „Moralbegründung aus Interessen“ – und d.h.: *der* Interessen, der strikten Interessenverfolgung, des „unbändigen Vorteilsstrebens“ geht, kurzum: um die Rechtfertigung des *Homo oeconomicus* als dem Inbegriff praktischer Vernunft. Mit der soeben skizzierten Konstruktion ist der Homann-Schule wahrer Coup gelungen. Nicht nur kann er die Gerechtigkeit, sobald diese konkret wird, ins eigene Boot

³ Homann, K./Blome-Drees, F.: Wirtschafts- und Unternehmensethik, Göttingen 1992, S. 14.

⁴ Homann (1996: 182).

des Ökonomismus ziehen (da es dieser ja nur noch um Fragen der „Realisierbarkeit“ bzw. der Durchsetzbarkeit gehe). Zugleich kann er diejenigen, die unter das Rubrum „Empirie“ fallen, aus aller Verantwortung entlassen. Sie zählen allein in ihren Wirkungseigenschaften, d.h. in ihrer Macht, Gewünschtes, möglicherweise Verpflichtendes, zu erfüllen oder zu vereiteln. Darum repräsentiert diese Konstruktion eine Ethik des Rechts des Stärkeren. Natürlich wird dies so nicht formuliert.

Praktisch geht es darum, diesen Modus der Interaktion, die sich allein über die „Constraints“, über die Macht (etwa die Zahlungsfähigkeit oder die Fähigkeit zum Standortwechsel) vollziehen soll, dem Publikum als die verbindliche, „rationale“ Perspektive für Handeln in der „Praxis“ – wenn man will: wenn man später „unter den Bedingungen“ „der Empirie“ agiert – zu vermitteln und folglich Verbindlichkeit für die entsprechende Durchsetzungsrationalität zu reklamieren.

Wer an einer moralischen ernsthaften Gerechtigkeitsperspektive, also an einer Ethik mit Moral, festhält, für den ändert sich geltungslogisch nichts durch diese Konstruktion der Entlassung „der Empirie“ aus aller Verantwortung: Die fragliche Norm lässt sich zwar nicht durchsetzen, aber sie bleibt gültig. Homann hingegen möchte die Normen durch die Gegenmacht der *Homines oeconomici*, durch die „Empirie“, widerlegt wissen: „Unter den Bedingungen der Moderne schlägt die Implementierung einer Norm auf ihre Geltung durch.“⁵ Eine Norm werde also durch den Widerstand, der ihr entgegengebracht wird, ethisch widerlegt. Man möge dann gleich sagen, dass man eine Ethik des Rechts des Stärkeren vertritt.

Relevanz

Bei dieser Konzeptualisierung des Verhältnisses von Ethik und „Empirie“, (Gerechtigkeits-)Theorie und Praxis handelt es sich allerdings nicht um eine exotische Position eines (Wirtschafts-) Ethikers auf Abwegen. Sie bestimmt vielmehr die politische Ökonomie unserer Zeit im Ganzen.

Bleiben wir zunächst beim Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Die positivistische Standardökonomik versteht ihr Theorie-Praxis-Verhältnis im Kern so, dass sie dem Publikum zeigt, wie „die Wirtschaft“ „funktioniert“, und d.h.: welche Marktmachtverhältnisse der Fall sind. Im Aufzeigen der „Konsequenzen“ normativer Geltungsansprüche mit Blick auf deren „Realisierbarkeit“ oder „Umsetzbarkeit“ (in „der Wirtschaft“ oder angesichts des globalen Standortwettbewerbs) sieht die sich als rein „positiv“, also als „wertfrei“ missverstehende und damit unangreifbar wählende Ökonomik die letzte noch verbleibende Möglichkeit der Bestimmung ihres Identitätsprinzips.⁶ Und regelmäßig kommt sie zu dem Ergebnis, dass die Gerechtigkeitsansprüche, die an den wettbewerblichen Marktprozess bzw. an die Akteure, die diesen

⁵ K. HOMANN / I. PIES: Wirtschaftsethik in der Moderne (1994), S. 5.

⁶ Vgl. Kirchgässner.

konstituieren, eben nicht „realisierbar“ sind, sondern es im Gegenteil „kontraproduktiv“ wäre, dies zu versuchen.

Hier einige Beispiele.

Hamburger Appell – Wirtschaft als „Tatsache“

In ihrem „Hamburger Appell“, den die „führenden“ (Die Welt) Volkswirte Deutschlands im Jahre 2005 lancierten, boten diese all ihren „ökonomischen Sachverstand“ auf, um den Bürger „die Tatsachen“ über die wirtschaftliche Lage nahe zu bringen. Zu diesen „Tatsachen“ zählt, dass „eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage“, gemeint ist eine Senkung der statistisch messbaren Arbeitslosenquote, „nur durch (eine) niedrigere Entlohnung der ohnehin schon Geringverdienenden, also durch eine verstärkte Lohnspreizung, möglich sein wird.“⁷ Dies sei zwar eine „unangenehme Wahrheit“ für viele (aber nicht für alle übrigens), aber eben eine „Wahrheit“.

Wie Naturwissenschaftler schauen diese Ökonomen auf ihren Gegenstand, „die Wirtschaft“, und stellen dessen Bewegungsgesetze fest. Als bestünde das Wirtschaften nicht aus Handlungen, die so oder anders vollzogen werden könnten.

Mindestlöhne

Der klassische Fall der „Kontraproduktivität“ bloß „gut gemeinter“ politischer Initiativen sind natürlich Mindestlöhne. „Mindestlöhne“, so Hans-Werner Sinn, „sind Gift für die soziale Marktwirtschaft [mit dem Attribut „sozial“ soll suggeriert werden, dass eine als Privatrechtsordnung organisierte Marktwirtschaft aus sich heraus „sozial“ ist], weil sie die weniger leistungsfähigen Mitglieder der Gesellschaft in die Arbeitslosigkeit treiben.“ Wer „treibt“? Selbstverständlich unmittelbar diejenigen, die die Beschäftigten entlassen. Natürlich stehen diese möglicherweise selbst unter Wettbewerbsdruck. Doch wären höhere Löhne selbstverständlich möglich, wenn sie möglich *gemacht* würden von den Akteuren, die den Betroffenen ein Einkommen verschaffen oder je nachdem vorenthalten. In einem weiteren Ökonomenaufruf aus dem Jahre 2008 mit dem Titel „Beschäftigungschancen statt Mindestlohn!“ kommen den Autoren alle möglichen Ausweichreaktionen in den Sinn, wie etwa höhere Preise, was allerdings zu einer sinkenden Nachfrage führt. Dass allerdings die Renditen sinken könnten, gelangt gar nicht erst in den Horizont des Möglichen. Stattdessen wird die Gegenmacht des Kapitals beschworen. Ein Mindestlohn würde vor allem zu einer Verlagerung der Produktionsstätten in Niedriglohngelände führen.⁸

Heute wird zwar, vor allem im Zuge des Widererstickens des makroökonomisch fokussierten Keynesianismus, die Mindestlohnfrage vielfach anders beurteilt: Die höhe-

⁷ Funke, M./Lucke, B./Straubhaar, Th. (2005): Hamburger Appell.

⁸ http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoContent/N/politikdebatte/politikdebatte-texte/Aufruf_20080312.pdf

ren Löhne würden ja auch wiederum die Konsumnachfrage stärken, so dass der Mindestlohn des Friseurs den Mindestlohn der Kassiererin stützt. Doch wird der Zusammenhang nach wie vor positivistischer thematisiert, ganz so, wie Gebhard Kirchgässner die Aufgabe einer sich streng „positiv“ verstehenden Ökonomik beschreibt: Diese habe „Experimente“ durchzuführen und „statistische Verfahren“ einzusetzen, „um abgesicherte Aussagen machen zu können“ über „die Wirklichkeit“ (der Wirtschaft). Ihre praktische Aufgabe bestehen dann darin, der Politik (und den Bürgern) mitzuteilen, ob bestimmte anvisierte, etwa arbeitspolitische Maßnahmen, die erwünscht sind, „wirkungslos oder gar kontraproduktiv“ sind: Die im Gegenstandsbereich der Theorie auftauchenden Akteure – das sind natürlich wir alle, als Wirtschaftende – werden nicht als moralische Subjekte adressiert. Sie handeln, qua Implikation der positivistischen Methodologie der kategorialen Trennung von kritischer Reflexion und „Empirie“, stets richtig. Sie werden allein in ihre Wirkungseigenschaften bzw. in ihrer (Markt-)Macht thematisiert.

Steuern

Ein weiteres, wie ich meine hochinstruktives Beispiel für die Legitimierung der Marktmachtverhältnisse auf „positivem“ Wege liefert der „Wirtschaftsweise“ Lars P. Feld. Auf die Frage eines Bundestagsabgeordneten, ob es falsch oder richtig sei, die Staatshaushalte der Südländer Europas durch Ausgabenkürzungen (also Austeritätsprogramme) zu „konsolidieren“, antwortet dieser: „Die auf der Ausgaben-seite durchgeführten Konsolidierungen haben sich – zumindest nach den Studien, die ich kenne, und das sind relativ viele – als die erfolgreichen Konsolidierungen herausgestellt. Wenn die Konsolidierung nämlich auf der Einnahmeseite durchgeführt wird - wenn also vornehmlich durch höhere Steuern konsolidiert wird -, dann ... stellt [man] fest, dass die zugrunde gelegten Konsolidierungsbeiträge die Ausweichreaktionen der Steuerpflichtigen unzureichend berücksichtigt haben.“

Hiermit wird Steuerflucht ebenso wie deren Ermöglichung – durch trickreich verfahrenende Steueroasen nämlich – einfach der legitimatorische Freifahrtschein ausgesprochen.

Dabei handelt es sich allerdings um personal noch einigermaßen gut zurechenbare Handlungsweisen. Dies ist im großen globalen Markt-Wettbewerbsnexus, in dem wir alle stehen und in dem wir alle Täter und Opfer zugleich sind – wenn auch in höchst unterschiedlichem Ausmaß – nicht mehr der Fall. Weil die Verantwortlichkeiten verschwimmen, weil der wettbewerbliche Markt instanzlos abläuft und sich die „Täter“ hinter der „unsichtbaren Hand“ des Marktes verbergen, kann die Marktapologetik des ökonomischen Positivismus verfangen.

Marktkonforme Demokratie

Und sie verfängt täglich. Die Demokratie ist nicht erst „marktkonform“, seit dem Angela Merkel sie dazu erklärt hat, sondern bereits seit dem Politik zu Standortpolitik geworden ist und die „Wettbewerbsfähigkeit“ zum übergreifenden Leitbild „guter“ Politik. Jede Nation kämpft darum, die Arbeitsplätze im eigenen Land zu erhalten bzw. hier neue zu schaffen. Jede Nation kämpft um die Gunst des Anlage suchenden Kapitals, welches diese Arbeitsplätze schafft.

Damit werden die Marktmachtverhältnisse im Ganzen der ethischen Reflexion entzogen und stattdessen – wenn man will: als „Empirie“ – naturalisiert und damit zugleich, qua Implikation, als ethisch sakrosankt erklärt.

Eine alternative Sicht

Angewandte Wirtschaftsethik und positivistische Ökonomik sind Geschwister. Dem Konzept entspricht eine partikularistische Ethikkonzeption, weil sie diejenigen Akteure, die sich hinter den „Anwendungsbedingungen“ (der „Empirie“) verbergen, aus dem Diskursuniversum ausschließt bzw. pauschal von aller Verantwortung freispricht.

Eine alternative Position besteht darin, das Wirtschaften im Ganzen ethisch zu thematisieren, ohne Reflexionsstopps, ohne Naturalisierungen. Dies ist das integrative Konzept einer von vorn herein ethisch-kritisch ausgerichteten Ökonomik: Wie setzen wir uns durch Markt und den stets steigerbaren Wettbewerb ins Verhältnis? An die Stelle einer erschlichenen Rechtfertigung träte die Frage: Welchen Status soll die Marktlogik in unserem Leben spielen? Wie weit soll die Ökonomisierung der Lebensverhältnisse getrieben werden? „Die Wirtschaft“ wäre nicht nur Gegenstand, sondern der Konzeption nach auch Adressat der ethischen Reflexion.

Was daraus der Möglichkeit nach praktisch folgt, kann ich hier nur andeuten: Die Überwindung von Wirtschaftsethik als einer bloßen Individualethik „unter den Bedingungen“ der hingenommenen Marktmachtverhältnisse zugunsten einer ergänzenden (und „ermöglichenden“) Ordnungsethik, die die Frage nach dem Status von Markt und Wettbewerb weltinnenpolitisch stellt.